

Klaus Dräger

Politische Umbrüche in Großbritannien

Vom Brexit zum Lexit?

Oft erschließt sich erst im Nachhinein, welche Bedeutung frühere Ereignisse für spätere politische Entwicklungen haben. Dies gilt m.E. auch für die knappe Mehrheitsentscheidung für den Austritt Großbritanniens aus der EU bei der Volksabstimmung im Jahr 2016.

Im Jahr 2009 gab es zunächst vereinzelte ‘wilde’ Streiks in Ölraffinieren und Kraftwerken unter der Parole „*British Jobs for British workers*“, die bald zu einer heftigen Welle in mehreren Teilen des Landes mit Beteiligung von Gewerkschaften anschwellen. Die Gewerkschaft *Unite* betonte, dass die Aktionen sich nicht gegen osteuropäische Arbeiter richteten, die im Rahmen der EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit und der EU-Entsenderichtlinie seit 2004 zahlreich auf den britischen Arbeitsmarkt geströmt waren. Es ginge darum, in der Krise Arbeitsplätze für die lokale Bevölkerung zu erhalten und zu schaffen. Im August 2011 explodierte dann die Revolte der ‘*Chavs*’ (etwa: ‘Prolls’, ‘Asis’) mit gewalttätigen Ausschreitungen und Plünderungen von Geschäften zu nächst im Londoner Armenviertel Tottenham, später auch in Liverpool, Manchester, Birmingham und anderen Städten (Jones 2011/2016). Es wurden keine politischen Forderungen gestellt. Lange aufgestaute Frustration brach sich in Emeuten (Marx) deklassierter Jugendlicher Bahn.

Motive für die *Leave*-Wähler

Beim Referendum 2016 war das Votum für den Brexit (*Leave*) besonders stark in Regionen, die schon lange arm und abgehängt waren – insbesondere in den früheren Labour Hochburgen Nord- und Nordostengland und Wales. Das Abstimmungsverhalten reflektierte eine darunter liegende Struktur tiefgreifender nationaler und geografischer Ungleichheit. Von vielen Linken in Deutschland wurde es damals als ein Sieg der ausländerfeindlichen Stimmungsmache der hart rechten UK Independence Party (UKIP) und des nationalistischen Flügels der Konservativen um Boris Johnson gedeutet. Andere Linke interpretierten es als ‘Sieg der Arbeiterklasse’ über das britische und EU-Establishment. Ich fand damals beide Lesarten nicht überzeugend (Dräger 2016).

Es war kein ‘Sieg der Arbeiterklasse’, weil in der offiziellen medialen *Leave*-Kampagne Forderungen nach Arbeiterrechten, Verteidigung und Erneuerung des Sozialstaats, Steuergerechtigkeit und Umverteilung usw. keine Rolle spielten. Eine linke gesellschaftspolitische Vision für den Brexit wurde bestenfalls von der sehr marginalen radikalen britischen Linken (SWP, einige kleine radikale Gewerkschaften) propagiert, die in der öffentlichen Debatte aber nicht vorkam. Ausländerfeindliche Stimmungen spielten gewiss eine

Rolle für einen Teil der Brexit-Befürworter. Laut Lord Ashcroft's Wahlbefragung nach dem Referendum gaben 33 Prozent davon als ihr wichtigstes Motiv an, der Brexit ermögliche die Kontrolle der Migration und der Außengrenzen. Für die anderen 67 Prozent galt das aber nicht.

Für die größte Gruppe der für *Leave* Stimmenden – 49 Prozent – war *'Take back control'* das Zauberwort. „Die Kontrolle zurückgewinnen“ ist ein vieldeutiger Slogan. Für rechte WählerInnen von UKIP und nationalistischen Tories ging es um deren Versprechen, Großbritannien wieder wirtschaftlich stark zu machen: eine freihändlerische *'Anglosphere'* (mit den USA, Australien, Neuseeland, dem Commonwealth) schaffen, wenn man aus der gängelnden EU raus ist. Träume vom verlorenen britischen Empire sind für diese Schichten der ideologische Kitt. Für andere zählte wohl eher der Wunsch, mit dem Brexit wieder mehr demokratischen Einfluss *'von unten'* auf die lokale, regionale und nationale Politik zu gewinnen.

Interessant ist: „Der auffälligste Unterschied zwischen den Wählern von *Leave* und *Remain* waren ihre Ansichten über die eigenen wirtschaftlichen Aussichten und die Risiken, die ein Austritt Großbritanniens mit sich brachte. Die *Leave*-Wähler waren deutlich pessimistischer in Bezug auf ihre Zukunft und die ihrer Kinder – fast 70 Prozent meinten, der Brexit könne ihre Lage nicht noch schlimmer machen.“ (Watkins 2016). Eigene alternative politische Vorstellungen hatten die für den Brexit stimmenden Unterschichten damals aber kaum. Angesichts ihrer schon lange prekären Lebensverhältnisse ging es um einen *'Denkzettel-Protest'* gegen *'die da oben'*: „Schnauze voll“ von New Labour unter Tony Blair und Gordon Brown, von den Folgen ihrer neoliberalen „Strukturreformen“ und der verschärften Austeritätspolitik der Konservativen unter David Cameron, von den *'Banksters'*, die auf Kosten der Steuerzahler gerettet wurden usw. Die EU verkörperte in ihren Augen sowohl symbolisch als auch real solche abzulehnenden Verhältnisse. Schließlich waren die britischen Regierungen von Thatcher über Blair bis Cameron eifrige Antreiber für die EU-Liberalisierungs-, Niedriglohn- und Austeritätspolitik, und wurden von deutschen Regierungen und der EU-Kommission (trotz mancher Konflikte im Einzelnen) gerade deswegen stets als wichtige Partner hofiert.

Der Corbyn-Faktor

Das Brexit-Referendum 2016 bestritt die Labour Party unter ihrem neuen Vorsitzenden Jeremy Corbyn (ein Sozialist und Pazifist aus der alten Labour-Linken um Tony Benn; vgl. Blackburn 2015) mit der Parole „In der EU bleiben, diese reformieren“ (*Remain and Reform*). Nach der Niederlage des *Remain*-Lagers versprach Labour, den Brexit als Ergebnis der Volksabstimmung zu respektieren. Die vorgezogene Neuwahl des britischen Parlaments im Juni 2017 verlief für Corbyn's Labour relativ erfolgreich: 40 Prozent der Stimmen gegenüber 42,4 Prozent für die Konservativen. Die hart rechte UKIP – bei der Europawahl 2014 erreichte sie 28 Prozent – fiel auf 1,8 Prozent zurück.

Labour's Wahlprogramm 'Für die Vielen, nicht die Wenigen' kam an¹. Frühere Labour-WählerInnen aus den Unterschichten der abgehängten Regionen konnten teilweise zurückgewonnen werden. In den noch relativ boomenden metropolitanen Regionen (wie Greater London) feierte Labour damit Erfolge bei JungwählerInnen, relativ wohlhabenden „kosmopolitisch“ orientierten Mittelschichten usw. Die Crux: diese sehr unterschiedlichen sozialen Milieus politisch-programmatisch zusammenzubinden, um gesellschaftliche Mehrheiten für einen Politikwechsel zu erreichen – da war Corbyn's Strategie nahe dran. Dass besser betuchte 'Remainers' und die 'Generation Erasmus' für Labour stimmten, um den Tories eins auszuwischen, mag auch ein Motiv gewesen sein (kritisch dazu: Brendan O' Neill 2017). Kampagnen der Mainstream-Medien gegen Corbyn, interne Putschversuche der Blairisten etc. blieben bislang hingegeben erfolglos.

Vor allem Labour's Schatten-Finanzminister John McDonnell treibt die Debatte über weiter gehende Konzepte für Labour's Wirtschaftspolitik voran, mit zunehmendem Erfolg auf Parteikongressen. Er thematisiert: eine Labour-Regierung würde vom globalen Finanzkapital, der EU und den heimischen Eliten hart attackiert werden. Deshalb seien Gegenmaßnahmen geboten: z.B. frühzeitige Kapitalverkehrskontrollen, eine Finanztransaktionssteuer und eine Strategie zur Gegenmobilisierung von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen von unten.

Seine Linie lautet stichwortartig: den aufgeblähten britischen Finanzsektor (Baker et al. 2018) schrumpfen, eine Nationale Investitionsbank (nach dem Modell der deutschen Kreditanstalt für Wiederaufbau) und einen nationalen Investitionsfonds schaffen, die den *binnenwirtschaftlich* orientierten sozialen und ökologischen Umbau mit preiswerten Krediten finanzieren können. Die britische Zentralbank könne und solle dies mit ihrer lockeren Geldpolitik unterstützen, statt wie bisher die Interessen der Banken zu bedienen (*QE for the people*). Insgesamt gehe es um eine langfristige Transformation des britischen Wirtschaftsmodells in eine post-neoliberale (vielleicht auch post-kapitalistische) Richtung: Förderung von alternativen Eigentumsverhältnissen (Genossenschaften), Wirtschaftsdemokratie usw. Zu diesen Vorschlägen gibt es eine sowohl kontroverse als auch (im Vergleich zur übrigen EU-Linken) informierte Diskussion in der britischen Linken (z.B. Blackburn 2018, Lavery 2018, Upchurch 2018, wg. 'Globalisierung' Palley 2018).

Brexit-Debakel?

Die konservative britische Regierung von Theresa May scheiterte im Parlament deutlich: ihr mit der EU ausgehandelter Austrittsvertrag wurde mit 432

¹ Für britische Verhältnisse war dies im Vergleich zu New Labour vorher programmatisch eine Rückkehr zu traditionell sozialdemokratischen Positionen: z.B. Studiengebühren abschaffen, das öffentliche Gesundheitssystem (NHS) stärken, sozialen Wohnungsbau fördern, Bahn, Post, Energie- und Wasserversorgung in die öffentliche Hand überführen, hohe Einkommen und Großunternehmen stärker besteuern usw. Auch die Mittelschichten litten unter dem Verfall der sozialen und sonstigen Infrastruktur ...

Stimmen dagegen und nur 202 dafür krachend abgelehnt. Sie überstand allerdings zwei Misstrauensvoten: zuvor eines aus ihrer Partei (ca. ein Drittel der Tory-Abgeordneten rebellierten), ein anderes von der Labour Party. Nun wird über einen ‘Plan B’ für den Brexit diskutiert. Die verbleibenden Optionen sind: ihre Regierung beantragt bei der EU eine Verlängerung wg. dem Austritt, oder es kommen vorgezogene Neuwahlen und/oder ein neues Referendum (*‘peoples vote’*), oder es gibt eine Kombination dieser Alternativen.² Ich will hier nicht darüber spekulieren – unerwartete Wendungen sind immer möglich ... Im Folgenden beleuchte ich deshalb die m.E. grundlegenden strategischen Alternativen wg. Brexit.

Corbyn verfolgte nach dem Referendum von 2016 stets eine strategische Linie der *‘Brexit-Ambiguity’*. Seine Aussagen dazu waren bewusst *‘uneindeutig’*. Zuletzt: harte Opposition gegen den von May ausgehandelten Deal mit der EU – zentrales Ziel von Labour ist es, einen unregelmäßigten Brexit (no deal) zu verhindern. Stattdessen: eine *‘bessere’* Zollunion mit der EU aushandeln (aber raus aus dem EU-Binnenmarkt), am besten sofortige Neuwahlen, und wenn die nicht kommen, ein neues Referendum (Corbyn 2018).

Ein neues Referendum würde die Wählerschaft von Labour erneut entlang der Linie *‘Leave’* und *‘Remain’* spalten. Die Mehrheit der Labour-Basis ist nach wie vor für *Remain* (Blairisten, aber auch linke Corbyn-Unterstützer von Momentum). Die Forderung nach einem neuen Referendum wurde von einer breiten Mehrheit des letzten Labour-Parteitag unterstützt. Falls es dazu kommen sollte, werden sich die 2017 von Corbyn zurückgewonnen *‘Leave-Wähler’* betrogen fühlen, die harte Rechte erhielt eine neue Chance. Die zuvor aufgebaute (immer noch wacklige) Allianz zwischen metropolitanen „Kosmopoliten“ und prekären Schichten in den abgehängten Regionen könnte zerfallen – so warnen Gewerkschaften wie Unite und andere, die Corbyn maßgeblich unterstützen (O’Hagan 2018).

Eine harte Grenze zwischen der Republik Irland und Nordirland zu vermeiden war und ist der schwierigste Punkt in den Brexit-Verhandlungen. Das von Großbritannien, Irland und den Parteien Nordirlands 1998 geschlossene Kar-

² Alle diese Optionen sind sehr problematisch. May z.B. argumentiert, man könne mit der irischen Regierung ein bilaterales Abkommen verhandeln, um eine *‘harte Grenze’* zwischen Irland und Nordirland zu verhindern. Die EU und die irische Regierung winkten schon ab – das sei Sache eines übergreifenden Abkommens mit der EU. Die Frist wg. Brexit zu verlängern – dem müssten die EU-Mitgliedstaaten einstimmig zustimmen. Dies ist für die EU schwierig. Nach britischem Recht gilt z.B. für Neuwahlen oder ein Referendum eine Vorlaufzeit von mindestens 22 Wochen. Diese müssten per Gesetz vom britischen Unterhaus beschlossen werden. Die EU käme damit in ein hartes Dilemma wg. der Europawahl 2019: erst mal das UK an den Wahlen beteiligen, britische Europaabgeordnete, um sie dann wieder wegzuschicken? Weil die EU, die britische und die irische Regierung diesbezüglich wegen unterschiedlicher Interessen sich weiter gegenseitig blockieren und in der kurzen Frist nicht handlungsfähig sind: kommt dann *‘unbeabsichtigt’* ein *‘No Deal’* Brexit als Ergebnis? Im britischen Unterhaus will das kaum jemand, die EU auch nicht. Aber die Großunternehmen in der EU und im UK haben sich schon darauf vorbereitet nach dem Motto: besser ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende ...

freitagsabkommen enthält die Option einer Wiedervereinigung Irlands, sofern eine Mehrheit in Nordirland in einem Referendum dafür stimmt. Für diese Option wirbt Sinn Féin, und in Umfragen zeichnen sich inzwischen Mehrheiten in Nordirland dafür ab. Dies wird von der hart rechten nordirischen DUP (die May's konservative Regierung stützt) abgelehnt und birgt Risiken für das Wiederaufflammen des Nordirlandkonflikts (Reinisch 2019). Ich stimme aber Patricia Mac Bride's (2018) Einschätzung zu: „Es wird immer schwieriger, von der Hand zu weisen, dass ein Brexit für die Briten viel einfacher wäre, wenn Nordirland dafür stimmen würde, sich von Großbritannien zu lösen und sich dem Rest der Insel anzuschließen“.³

Ein 'No Deal-Brexit' wird gewiss ein harter Umbruch – auch ökonomisch. Die dazu gemachten wirtschaftlichen Vorhersagen von welcher Seite auch immer sind stark interessengeleitet: von der EU und dem britischen Kapital im Sinne 'Brexit wird teuer, Katastrophe'. Von nüchternen Ökonomen aus dem fernen Australien wird das gelassener gesehen (z.B. Mitchell 2019). Unsicherheiten wg. der Entwicklung der Weltwirtschaft, der EU etc. kommen so oder so hinzu.

Costas Lapavistas (2018) betont: Ein 'No Deal-Brexit' ist die bessere Alternative, um das Programm von Labour durchzusetzen. Bei einem solchen 'No-Deal' Szenario gelten die Regeln der WTO für den Handel zwischen der EU und Großbritannien. Eine Labour-Regierung müsste sich nicht mehr den EU-Regeln wg. Binnenmarktrecht, insbesondere zu staatlichen Beihilfen, öffentlichen Ausschreibungen, Wettbewerbspolitik und Verbot von staatlichen Monopolen, Industriepolitik usw. beugen. Bei einem 'No-Deal-Brexit' sind die politischen Alternativen glasklar: ein binnenwirtschaftlich orientiertes öko-soziales Reformprojekt à la Corbyn, gegen eine neoliberale Freihandels- und Niedrigsteuer-Vision von Konservativen bis UKIP. Ein linker Exit (*Lexit*) Großbritanniens von der EU ist sicher schwierig, aber nicht unmöglich.

Literatur

- Baker, Andrew et al (2018): The UK's Financial Curse? Costs and Processes; PERI Research Report; <https://www.peri.umass.edu/publication/item/1113-the-uk-s-finance-curse-costs-and-processes>
- Blackburn, Robin (2015): From Ed Miliband to Jeremy Corbyn, <https://www.jacobinmag.com/2015/11/from-ed-miliband-to-jeremy-corbyn>

³ Dies wäre auch im Zusammenhang mit Blairs halbherziger Staatsreform 1997 zu betrachten – Stichworte Schottland und Wales, Dezentralisierung/ 'devolution' usw. – d.h. seinem Versagen, die Strukturen eines „archaischen imperialen Staats“ zugunsten von etwas Neuem aufzugeben, siehe dazu Nairn 2001. Konflikte in Nordirland wg. Brexit gibt es so oder so, die gesellschaftspolitische Spaltung dazu ist unübersehbar. Diese wird aber nicht notwendigerweise militärisch ausgetragen werden (weil auf dieser Strecke nur Splittergruppen der früheren IRA und der Unionisten unterwegs sind). Einen neuen Bürgerkrieg in Nordirland zu verhindern, ist so oder so eben die 'Kunst der Politik' ... Da halte ich es mit Paul McCartney, der schon Anfang der 1970er Jahre sang: 'Give Ireland back to the Irish' ...

- Blackburn, Robin (2018): The Corbyn Project, *New Left Review* 111, May -June 2018, S. 5 - 32; <https://newleftreview.org/II/111/robin-blackburn-the-corbyn-project>
- Corbyn, Jeremy (2018): Labour could do a better Brexit deal. Give us the chance; *The Guardian* 6.12.2018; <https://www.theguardian.com/commentisfree/2018/dec/06/jeremy-corbyn-general-election-brexite-labour-theresa-may>
- Dräger, Klaus (2016): Blowback. Brexit and its Aftermath, 30 June 2016; <https://lexit-network.org/blowback-brexite-and-its-aftermath#more-985>
- Jones, Owen (2011/2016): Chavs. The Demonization of the Working Class, London
- Lapavistas, Costas (2018): Jeremy Corbyn's Labour vs. the Single Market; <https://www.jacobinmag.com/2018/05/corbyn-labour-eu-single-market-economic-policy>
- Lapavistas, Costas (2018a): The Left Case Against the EU; London
- Lavery, Scott (2018): Global Capitalism and Labour's Economic Programme; <https://www.versobooks.com/blogs/4154-global-capitalism-and-labour-s-economic-programme>
- Mac Bride, Patricia (2018): How to break the Brexit impasse: Reunite Ireland, *Politico*, 15.10.2018; <https://www.politico.eu/article/brexite-northern-ireland-border-how-to-break-the-brexite-impasse-reunite-ireland/>
- Mitchell, Bill (2019): Must be Brexit – UK GDP Growth now outstrips major EU economies; <http://bilbo.economicoutlook.net/blog/?p=41343>
- Nairn, Tom (2001): Farewell Britannia, Break-Up or New Union? *New Left Review* 7, January – February 2001, Seite 55 - 74
- O' Neill, Brendan (2017): The rise of Labour, the death of Labourism; <https://www.spiked-online.com/2017/06/12/the-rise-of-labour-the-death-of-labourism/#.WT-avtykKpq>
- O'Hagan, Ellie Mae (2018): You want a people's vote on Brexit? Be careful what you wish for; *The Guardian*, 8.12.2018; <https://www.theguardian.com/commentisfree/2018/dec/06/peoples-vote-brexite-len-mccluskey-leave>
- Palley, Thomas (2018): Globalization checkmated? Political and geopolitical contradictions coming home to roost; PERI Working Paper; <https://www.peri.umass.edu/component/k2/item/1096-globalization-checkmated-political-and-geopolitical-contradictions-coming-home-to-roost>
- Reinisch, Dieter (2019): Bedrohter Frieden, *junge welt*, 04.01.2019
- Upchurch, Martin (2018): The Labour Party and post-neoliberalism; *International Socialism*, Issue 160; <http://isj.org.uk/the-labour-party-and-post-neoliberalism/>
- Watkins, Susan (2016): Casting Off?, *New Left Review* 100, July/August 2016, S. 23; <https://newleftreview.org/II/100/susan-watkins-casting-off>
- Mehr Infos, Analysen und Einschätzungen zu Brexit, EU-Themen usw. auf <http://lexit-network.org/digest>*